

87. Sitzung des Niedersächsischen Landtags
10. November 2010

Frage von Kreszentia Flauger MdL zum Thema:

Unsoziale Reform der gesetzlichen Krankenversicherung im Bundesrat stoppen - Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung auf den Weg bringen - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/2870 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration - Drs. 16/2962

Herr Kollege, ich wüsste von Ihnen gerne, ob Sie es eigentlich als solidarisch und sozial gerecht empfinden, wenn ein absolut gleich hoher Zusatzbeitrag - sagen wir einmal: in Höhe von 40 Euro - von jemandem bezahlt werden muss, der ein Einkommen von 5 000 Euro im Monat hat, genauso wie von jemandem, der ein Einkommen von nur 1 800 Euro im Monat hat.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:
Herr Kollege!

Clemens Lammerskitten (CDU):

Da ich den Rest meiner Rede kenne, würde ich jetzt gerne fortfahren. Dann haben Sie nämlich gleich die Antwort darauf.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Das freut mich aber!)

Heute ist es doch so: Wer ein kleines Einkommen hat, aber daneben hohe Zinseinkünfte erzielt, zahlt nur einen geringen Beitrag auf die Rente. Braucht so jemand einen Sozialausgleich auf die Prämie, weil sein Einkommen gering ist? - Wir meinen, nein. Insofern kann nur ein Sozialausgleich über das Steuersystem alle einbeziehen, eben auch Gutverdiener und Privatversicherte. Auch die Arbeitgeber sind weiter mit im Boot.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe an dieser Stelle schon einmal auf den Wirtschafts- und Gesundheitsexperten Dr. Jochen Pimpertz verwiesen. Er meint, dass weniger der demografische Wandel und viel mehr die mangelnde Kostenverantwortung der Versicherten zum einen und der fehlende Wettbewerb zwischen den Kassen zum anderen dafür verantwortlich sind, dass die Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung bis 2060 um fast 70 % steigen werden. Daraus lässt sich folgern, dass wir vor allem mehr Wettbewerb und mehr Wahlfreiheit für die Versicherten brauchen.

Die geplante Gesundheitsreform schafft beides: mehr Wettbewerb, indem jede Kasse ihre Beiträge selbst bestimmt, über den medizinischen Kernbereich hinaus unterschiedliche Leistungen anbietet und gesundheitsbewusstes Verhalten fördern und belohnen kann, d. h. indem jede Kasse weitgehend selbst bestimmen kann, wie attraktiv sie für die Versicherten ist, und mehr Wahlfreiheit, indem die Gesundheitsreform den aufgeklärten Versicherten und den mündigen Patienten durch mehr Transparenz im Gesundheitssystem fördert. Dies wiederum ist nur dann möglich, wenn der Versicherte einen Zusammenhang zwischen dem Beitrag und der Leistung der Kasse herstellen und auf dieser Grundlage entscheiden kann.

Möglich ist das nur, wenn wir die einheitlichen Beitragssätze Schritt für Schritt durch einkommensunabhängige Beitragssätze in Verbindung mit einem Sozialausgleich ablösen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, worin das Solidarische und Soziale einer Bürgerversicherung besteht, hat bis heute noch niemand schlüssig erklären können.

(Christian Dürr [FDP]: Weil es unsozial ist! - Petra Tiemann [SPD]: Das verstehen Sie einfach nicht!)

Wer Solidarität wirklich will, kann die Gesundheitsreform der Bundesregierung nur befürworten. Wir werden den Antrag ablehnen.
Danke.

(Beifall bei der CDU)